

## 75 Jahre Grundgesetz – Meilensteine des Grundrechtsschutzes



1995

**Kruzifix-Beschluss, BVerfG 93, 1**

Grundsatzurteil zum Gebot der religiösen Neutralität des Staates: Das Anbringen von Kreuzen in staatlichen Pflichtschulen ist mit Art. 4 Abs. 1 GG unvereinbar.

**„Soldaten sind Mörder“-Beschluss, BVerfG 93, 266**

Auch polemische und verletzend formulierte Werturteile sind durch die Meinungsfreiheit geschützt. Bei der Sinnermittlung von Äußerungen ist ihr Kontext zu berücksichtigen. Die Beleidigungstatbestände im Strafgesetzbuch müssen im Lichte der Grundrechte ausgelegt werden.

1996

**Mauerschützen-Beschluss, BVerfG 95, 96**

Das strafrechtliche Rückwirkungsverbot umfasst nicht die Rechtfertigung von schwerstem kriminellen Unrecht, welches die internationalen Menschenrechte missachtet.

2002

**Urteil zum Lebenspartnerschaftsgesetz, BVerfG 105, 313**

Eheähnliche Rechte und Pflichten für die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft verstoßen nicht gegen den besonderen Schutz der Ehe im Grundgesetz.

2003

**Erstes Kopftuch-Urteil, BVerfG 108, 282**

Zur Einschränkung der Religionsfreiheit von Lehrer\*innen ist eine gesetzliche Grundlage notwendig.

2004

**Urteil zum Großen Lauschangriff, BVerfG 109, 279**

Zur Unantastbarkeit der Menschenwürde gehört ein absolut geschützter Kernbereich privater Lebensgestaltung. Der Staat darf in diesen Kernbereich nicht eingreifen, auch nicht zum Zwecke der Strafverfolgung.

2006

**Görgülü-Beschluss, BVerfG 111, 307**

Die deutschen Gerichte sind verpflichtet, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu berücksichtigen und das deutsche Recht im Lichte der Menschenrechte auszulegen.

**Urteil zum Luftsicherheitsgesetz, BVerfG 115, 118**

Das Recht auf Leben und die Garantie der Menschenwürde verbieten, dass der Staat ein oder mehrere Menschenleben zur Rettung anderer Menschenleben opfert.

2008

**Urteil zur Online-Durchsuchung, BVerfGE 120, 274**

Das Bundesverfassungsgericht entwickelt das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Online-Durchsuchungen sind damit enge rechtsstaatliche Grenzen gesetzt.

2009

**Wunsiedel-Beschluss, BVerfG 124, 300**

Die Strafbarkeit der öffentlichen Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der NS-Unrechtsherrschaft ist mit der Verfassung vereinbar. Zwar darf die Meinungsfreiheit nur durch ein allgemeines Gesetz eingeschränkt werden. Das Ausmaß der NS-Unrechtsherrschaft sowie das Verständnis des Grundgesetzes als Gegenentwurf dazu rechtfertigen aber eine Ausnahme hiervon.

2010

**Hartz IV-Urteil, BVerfG 125, 175**

Aus der Menschenwürde und dem Sozialstaatsprinzip ergibt sich ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Es sichert die physische Existenz sowie ein Mindestmaß an gesellschaftlicher, kultureller und politischer Teilhabe.

2012

**Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz, BVerfG 132, 134**

Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums steht allen Menschen in Deutschland unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit zu. Die Menschenwürde kann nicht aus migrationspolitischen Gründen relativiert werden.

2015

**2. Kopftuch-Beschluss, BVerfGE 138, 296**

Pauschale Kopftuchverbote für Lehrerinnen sind verfassungswidrig. Verbote sind nur gerechtfertigt, wenn eine konkrete Gefahr für den Schulfrieden besteht.

2017

**Urteil zum NPD-Verbotsverfahren, BVerfGE 144, 20**

Für ein Parteiverbot reicht es nicht, dass eine Partei verfassungsfeindlich ist. Sie muss von einer solchen politischen Bedeutung sein, dass sie ihre verfassungsfeindlichen Ziele möglicherweise erreichen kann.

**Beschluss zur „Dritten Option“, BVerfGE 147,1**

Menschen, die sich dauerhaft weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen, werden – wie alle – durch das Allgemeine Persönlichkeitsrecht in ihrer geschlechtlichen Identität geschützt. Sie sind außerdem durch das Verbot der Geschlechtsdiskriminierung (Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG) geschützt.

2019

**Beschluss zum Wahlrechtsausschluss von Menschen mit Behinderungen, BVerfGE 151,1**

Der pauschale Ausschluss betreuer Personen vom Wahlrecht ist verfassungswidrig.

2020

**Urteil zur geschäftsmäßigen Suizidhilfe, BVerfGE 153, 182**

Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht umfasst das Recht auf selbstbestimmtes Sterben.

2021

**Klima-Beschluss, BVerfGE, 157, 30**

Der Staat muss Leben und Gesundheit von heute lebenden Menschen und künftigen Generationen vor den Gefahren des Klimawandels schützen. Er muss sicherstellen, dass der Schutz von Freiheit heute die Freiheit künftiger Generationen nicht unverhältnismäßig einschränkt. Das Pariser Klimaabkommen konkretisiert das Klimaschutzgebot des Artikel 20a GG.

**Beschluss zur Bundesnotbremse I, BVerfGE, 159, 223**

Die im Fall angegriffenen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie waren in der äußersten Gefahrenlage zum Schutz von Leben und Gesundheit sowie zum Aufrechterhalten eines funktionsfähigen Gesundheitssystems verhältnismäßig.

**Beschluss zur Bundesnotbremse II, BVerfGE 159, 355**

Kinder haben ein Grundrecht auf freie Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit und daraus folgend ein Grundrecht auf schulische Bildung.

**Triage-Beschluss, BVerfGE 160,79**

Der Staat muss Menschen mit Behinderungen davor schützen, dass sie wegen ihrer Behinderung bei der Zuteilung knapper, überlebenswichtiger intensivmedizinischer Ressourcen benachteiligt werden.

2023

**Urteil zur Gefangenenvergütung II, BVerfG 2 BvR 166/16**

Strafgefangene haben ein Recht darauf, dass der Strafvollzug ihrer Resozialisierung dient. Der Gesetzgeber muss dafür ein in sich stimmiges, wissenschaftsbasiertes Gesamtkonzept einschließlich angemessener Vergütung festlegen.